

Kleine Anfrage mit Antwort

Wortlaut der Kleinen Anfrage

der Abgeordneten Pia-Beate Zimmermann (LINKE), eingegangen am 21.02.2012

Anschläge auf Büros von Parteien, Abgeordneten und Fraktionen (Teil 2)

Seit einiger Zeit kommt es bundesweit zu Angriffen von Neonazi-Aktivisten auf Büros demokratischer Parteien. Die unbekanntes Täter kommen meistens nachts, zerstören Scheiben, werfen Farbbeutel gegen Wände, hinterlassen szenetypische Schmierereien oder begehen gar Brandanschläge. Eine Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage der Fragestellerin in der Drucksache 16/3665 hatte ergeben, dass es seit 2008 47 solcher Übergriffe bis zum Frühjahr 2011 in Niedersachsen gegeben hat. In der Nacht vom 16. zum 17. Februar 2012 wurde erst kürzlich ein Büro der Linkspartei in Braunschweig Ziel eines gewaltsamen Übergriffs, in dessen Folge die Frontscheiben zerstört wurden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Angriffe (Straftat zum Nachteil der Geschädigten) auf Büros der Partei, einzelner Fraktionen oder einzelner Abgeordneter der Linken wurden im Jahr 2011 in Niedersachsen gemeldet (bitte aufschlüsseln nach a) Ort, b) Datum, c) Art des Angriffes/entstandener Sachschaden)?
2. Wie viele Angriffe (Straftat zum Nachteil der Geschädigten) auf Büros anderer Parteien, einzelner Fraktionen oder einzelner Abgeordneter wurden im Jahr 2011 in Niedersachsen gemeldet (bitte aufschlüsseln nach a) Ort, b) Datum, c) Art des Angriffes/entstandener Sachschaden)?
3. In wie vielen Fällen wurden Tatverdächtige festgestellt bzw. Ermittlungsverfahren eingeleitet, und zu wie vielen Verurteilungen kam es?

(An die Staatskanzlei übersandt am 27.02.2012 - II/72 - 1286)

Antwort der Landesregierung

Niedersächsisches Ministerium
für Inneres und Sport
- P 23.22-01425/2 -

Hannover, den 04.04.2012

Politisch motivierte Straftaten werden durch die Polizei im Kriminalpolizeilichen Meldedienst - Politisch motivierte Kriminalität (KPMD-PMK) erfasst.

Bei Straftaten, die sich gegen Büros von Parteien und Fraktionen sowie einzelner Abgeordneter richten, ist grundsätzlich davon auszugehen, dass diesen Delikten bei Tatbegehung eine politische Motivation zugrunde gelegen hat und sie somit als meldepflichtiges Delikt im Sinne des KPMD-PMK anzusehen sind. In den KPMD-PMK fließen nur die der Polizei bekannt werdenden Angriffe gegen Büros von Parteien und Fraktionen sowie einzelner Abgeordneter ein, soweit sie auch einen Straftatbestand erfüllen.

Im Rahmen von Auseinandersetzungen und Konflikten zwischen bestimmten politischen Gruppen oder Einzelpersonen waren auch in Niedersachsen strafbare Handlungen zum Nachteil des jeweiligen politischen Gegners im KPMD-PMK zu verzeichnen. Die Häufigkeit und Zielrichtung der Straftaten werden u. a. durch aktuelle politische Ereignisse und Diskussionen bestimmt.

Die nachfolgend angegebenen Schäden sind im Rahmen der polizeilichen Ermittlungen geschätzt worden; sie können von den tatsächlich entstandenen Schäden abweichen.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Anfrage auf Grundlage der Berichterstattung des Landeskriminalamtes Niedersachsen namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1:

Im KPMD-PMK wurden vier Fälle registriert:

Datum	Partei	Ort	Art des Angriffs	Schaden in Euro
13.01.2011	Die Linke	Wilhelmshaven	Beschmieren des Parteibüros mit einem Hakenkreuz	500
27.03.2011	Die Linke	Wilhelmshaven	Einwerfen einer Fensterscheibe mittels Pflasterstein	300
03.04.2011	Die Linke	Wilhelmshaven	Anbringen von Aufklebern am Parteibüro und Beschädigen eines Wahlplakates	Unbekannt
30.11.2011	Die Linke	Verden	Überkleben der Fensterscheibe des Parteibüros mit Plakaten	50

Zu 2:

Es wurden im KPMD-PMK 20 Fälle registriert. Dabei richteten sich die Straftaten in 13 Fällen gegen die CDU, in drei Fällen gegen die SPD, in drei Fällen gegen die FDP und in einem Fall gegen Bündnis 90/Die Grünen.

Datum	Partei	Ort	Art des Angriffs	Schaden in Euro
06.02.2011	CDU	Walsrode	Bewerfen des Gebäudes der CDU-Geschäftsstelle mit Eiern	250
07.03.2011	CDU	Walsrode	Beschmieren des Gebäudes der CDU-Geschäftsstelle mit einer teerartigen Substanz	500
12.03.2011	CDU	Walsrode	Bewerfen des Gebäudes der CDU-Geschäftsstelle mit Glühlampen, die mit roter und schwarzer Farbe gefüllt waren	200
14.03.2011	FDP	Norden	Einschlagen eines Leuchttransparents der FDP-Geschäftsstelle	400
04.04.2011	CDU	Göttingen	Besprühen der Eingangstür der CDU-Geschäftsstelle	100
12.06.2011	CDU	Walsrode	Bewerfen von Fenstern/Türen der CDU-Geschäftsstelle mit rohen Eiern	300
25.06.2011	Die Grünen	Emden	Einwerfen von Fensterscheiben des Parteibüros und sprühen eines Hakenkreuzes	150
06.07.2011	FDP	Norden	Zerstören einer Hinweistafel an der FDP-Geschäftsstelle	300
12.07.2011	CDU	Göttingen	Hausfriedensbruch durch Besetzen der CDU-Geschäftsstelle	Keiner
12.07.2011	SPD	Göttingen	Bewerfen der SPD-Geschäftsstelle mit einem unbekanntem Gegenstand	500

Datum	Partei	Ort	Art des Angriffs	Schaden in Euro
25.07.2011	CDU	Cloppenburg	Beschmieren von zwei Metallschildern der CDU-Geschäftsstelle und des CDU-Abgeordnetenbüros mit Farbe	100
30.07.2011	SPD	Hannover	Bespritzen der Eingangstür der SPD-Geschäftsstelle mit weißer Farbe	200
12.08.2011	CDU	Walsrode	Bewerfen des Eingangsbereichs der CDU-Geschäftsstelle mit Eiern	100
22.09.2011	FDP	Göttingen	Beschädigung von zwei Außenfenstern der FDP-Geschäftsstelle	300
24.09.2011	SPD	Göttingen	Beschädigen von Briefkästen der SPD-Geschäftsstelle	200
10.10.2011	CDU	Göttingen	Beschmieren der Eingangstür der CDU-Geschäftsstelle und Entwenden einer CDU-Fahne von einem Fahnenmast	20
19.11.2011	CDU	Lüchow	Brandlegung an einem Briefkasten in einem Wohn- und Geschäftshaus, in dem sich Büroräume der CDU-Geschäftsstelle befinden	150
01.12.2011	CDU	Verden	Überkleben von Hinweisschildern an der Kreisgeschäftsstelle mit Plakaten	50
02.12.2011	CDU	Hannover	Ablage einer Attrappe einer unbekannteren Spreng- und Brandvorrichtung (USBV) am Briefkasten der CDU-Geschäftsstelle	Keiner
17.12.2011	CDU	Osnabrück	Beschmieren der CDU-Geschäftsstelle mit einer Parole und Anbringen von Aufklebern	100

Zu 3:

Die vorwiegend zur Nachtzeit begangenen Straftaten gegen Parteibüros gehen grundsätzlich mit einem geringen Entdeckungsrisiko für die mutmaßlich politisch motivierten Straftäter einher.

Im Zusammenhang mit der in der Antwort zu Frage 1 aufgeführten Tat am 03.04.2011 in Wilhelmshaven konnten drei Tatverdächtige ermittelt werden. Der Verfahrensausgang ist noch offen.

Zu der in der Antwort zu Frage 2 genannten Tat vom 25.06.2011 in Emden wurde ein Tatverdächtiger ermittelt. Das Verfahren wurde gemäß § 170 II StPO eingestellt.

In Vertretung

Dr. Sandra von Kläden